

SPD, CDU, GAL, FDP

18.01.2012

An die  
Vorsitzende der Bezirksversammlung Hamburg-Nord  
Frau Dagmar Wiedemann

Gemeinsamer Antrag

### **Der Opfer der Militärjustiz gedenken**

Seit nunmehr einem Jahrzehnt veranstaltet die Bezirksversammlung Hamburg-Nord rund um den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus eine „Woche des Gedenkens“. Im Rahmen der zentralen Feierstunde kommen regelmäßig Zeitzeugen zu Wort, so auch am 27. Januar 2012.

In Deutschland und dem besetzten Europa wurden Tausende Menschen von den Gerichten der Wehrmacht unter anderem als Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ oder „Kriegsverräter“ zum Tode verurteilt. Mehr als 20.000 von ihnen wurden hingerichtet. Auch in Hamburg wurden hunderte Militärangehörige zum Tode verurteilt und am Truppenübungsplatz am Höltigbaum in Rahlstedt erschossen. Zwei Drittel von ihnen waren Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“. Weitere vierzig Deserteure wurden im Innenhof des Untersuchungsgefängnisses Holstenglacis geköpft. Insgesamt sind für Hamburg knapp 200 Fälle von Hinrichtungen nachgewiesen, von denen 68 der Opfer namentlich bekannt sind. Wegen der kriegsbedingt lückenhaften Quellenlage geht man heute von mehreren Hundert hingerichteten Soldaten in Hamburg aus.

Lange Zeit zählten die Deserteure der deutschen Wehrmacht zu den letzten Opfergruppen des nationalsozialistischen Regimes, denen keine Rehabilitierung zu Teil wurde. Seit Ende der achtziger Jahre versuchten vermehrt Initiativen das Schicksal der Deserteure in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Vielerorts wurden Initiativen zur Errichtung von Deserteursdenkmälern gestartet (auch in Hamburg), die alle – egal an welchem Ort – heftigste Proteste erregten. Mit der erfolgreichen Errichtung erster solcher Denkmäler z.B. in Bremen und Kassel, der 1990 gegründeten „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“, vor allem aber auch dank der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“, die das lange kollektiv verdrängte Wirken der Wehrmacht insbesondere in Osteuropa ins Bewusstsein der Bevölkerung zurückholte, gelang es, erste Maßnahmen zur Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz durchzusetzen.

So hatte sich auch der Bundestag immer wieder mit dem Thema der Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz befasst. Aber erst 2002 (Desertion und „Wehrkraftersetzung“) bzw. 2009 (Kriegsverrat) wurden die Opfer ohne Einzelfallprüfung pauschal rehabilitiert.

In Hamburg gibt es eine vielfältige Erinnerungskultur, in der auch die Opfer der NS-Militärjustiz einen würdigen und dauerhaften Ort einnehmen sollten.

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord spricht sich dafür aus, dass die Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz einen würdigen Platz in der Gedenkkultur der Freien und Hansestadt Hamburg erhält. Das Vorsitzende Mitglied setzt sich beim Senat der Freien und Hansestadt Hamburg dafür ein, dass eine dauerhafte Form des Erinnerns an die in Hamburg zum Tode verurteilten und hingerichteten Wehrmachtsdeserteure und sog. Wehrkraftzersetzer auf den Weg gebracht wird.

Thomas Domres und SPD-Fraktion  
Andreas Schott und CDU-Fraktion  
Michael Werner-Boelz und GAL-Fraktion  
Claus-Joachim Dickow und FDP-Fraktion  
Lars Buchmann und DIE LINKE-Fraktion